

# Auf:Schwung -

für die  
Wirtschaftspolitische Wende  
in Deutschland

Wolfgang Reeder

---

## **MIT:Positionen**

herausgegeben vom MIT-Kreisverband Neuwied.

Verantwortlich: Der MIT-Kreisvorsitzende

Wolfgang Reeder reetor-Wirtschaftsberatung reetor@t-online.de

53572 Unkel Honnefer Strasse 71 Tel. 0 22 24 - 7 42 68 Fax 0 22 24 - 1 06 75

Juni 2003

Deutschland ist im vergangenen Jahrzehnt zu einem wirtschaftlichen Schlusslicht in Europa geworden - mit sinkenden Investitionen und steigender Arbeitslosigkeit, mit hochverschuldeten Staatskassen und hochgefährdeten Sozialversicherungen. Deutschland steckt in einer Wirtschaftskrise. Die Krise ist nicht Schicksal. Die Krise ist Folge falscher Finanzpolitik, falscher Strukturpolitik, falscher Tarifpolitik, falscher Sozialpolitik. Wir haben in unserem Land die Voraussetzungen für Beschäftigung, Sicherheit, Gerechtigkeit. Doch dazu brauchen wir eine Politik, die mutig und konsequent das Ruder herumwirft. Wir brauchen die wirtschaftspolitische Wende. Wir müssen Schluss machen mit der Flickwerk-Politik. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss. Wir brauchen 10 mal 10 mutige Schritte Richtung Auf:Schwung.

Die zehn zentralen Aufgaben einer Wirtschafts-, Sozial-, Finanz-Politik aus einem Guss lauten:

- I Die Soziale Marktwirtschaft wiederherstellen
- II Den schlanken Staat verwirklichen
- III Steuer-Klarheit und -Gerechtigkeit durchsetzen
- IV Die Unternehmen stärken
- V Die Beschäftigung entfesseln
- VI Einkommen sichern, Leistung fördern
- VII Die Infrastruktur ausbauen
- VIII In die Köpfe investieren
- IX Die Regionen gestalten
- X Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik garantieren

## **I Die Soziale Marktwirtschaft wiederherstellen**

**001** Der Grundsatz der Sozialen Marktwirtschaft lautet: "Soviel Markt wie möglich, soviel Staat wie nötig." Bei jeder einzelnen Aufgabe des Staates ist zu begründen, warum die Aufgabe nicht über Märkte organisiert werden kann.

**002** Der Sozialen Marktwirtschaft entspricht die Verantwortungsgesellschaft. Bevor der Staat Aufgaben weiter wahrnimmt, ist nachzuweisen, dass diese Aufgaben nicht von Bürgern in eigener Verantwortung organisiert werden können.

**003** Erste Aufgabe des Staates ist es, gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen und zu sichern. Der Staat verletzt seine Pflichten, wenn Konzerne einerseits, mittelständische Unternehmen andererseits durch Verwaltung und Besteuerung unterschiedlich belastet werden.

**004** Zweite Aufgabe des Staates ist es, die Ausstattung mit Infrastruktur-Leistungen zu sichern. Der Staat verletzt seine Pflichten, wenn staatliche Monopole private Anbieter behindern oder verdrängen.

**005** Dritte Aufgabe des Staates ist es, seinen Bürgern die Existenzgrundlagen zu sichern und die Familien zu fördern. Der Staat verletzt seine Pflichten, wenn er Leistungen ohne regelmässige Prüfungen der Bedürftigkeit verteilt.

**006** Vierte Aufgabe des Staates ist es, die Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung zu fördern. Der Staat verletzt seine Pflichten, wenn er durch mangelnde Voraussicht und Vorsicht öffentliche Haushalte unkalkulierbar macht.

**007** Rückgrat der Wirtschaft ist der Mittelstand. Der Mittelstand braucht keinen Nachteils-Ausgleich, keine Protektion, keinen Schutz vor Märkten, sondern Chancengleichheit, niedrige Abgaben, wenig Bürokratie, Vertragsfreiheit und Rechtssicherheit.

**008** Vom Bundestag zu beauftragende Institute müssen bei allen Unternehmens-relevanten Massnahmen die Wirkung auf Kostenbelastung, Finanzierung, Marktposition, Beschäftigung von kleinen und mittleren Unternehmen überprüfen. Wir brauchen Mittelstands-Beauftragte in allen Regierungen.

**009** Die Aufgaben unseres Landes verlangen unternehmerisches Denken in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Bestandteil aller staatlichen und staatlich geförderten Bildungspläne muss das Konzept einer Kultur der Selbständigkeit sein.

**010** In allen staatlichen und staatlich geförderten Einrichtungen sind Verfahren der Kostenrechnung, des Controlling und des Marketing verbindlich vorzuschreiben. Die Ergebnisse werden veröffentlicht.

## **II Den schlanken Staat verwirklichen**

**011** Wir brauchen staatliche Kontrollen, nicht staatliche Bürokratie. Bürokratie ist es, wenn Feuerlöscher kontrolliert werden von Berufsgenossenschaft, Brandschutz-Behörde und Gewerbe-Aufsicht. Es muss gelten: eine Kontrolle ist grundsätzlich befreiend.

**012** Es ist richtig, Kontrollaufgaben in den Unternehmen selbst zu belassen. Es ist falsch, damit Bürokratie in die Unternehmen hineinzutragen. Es ist falsch, Beauftragte für Abwasser, Abfall, Gefahrgut, Tiererschutz, Datenschutz, Umweltschutz zu verlangen, ohne die Unternehmensgrösse hinreichend zu berücksichtigen. Wir müssen solche Aufgaben, soweit sie überhaupt begründet sind, zusammenlegen

**013** Es ist ein Grundfehler der Politik, Leistungen zu verteilen, die Kosten aber auf andere staatliche Ebenen oder auf Bürger und Unternehmen zu verlagern. Dabei werden Kosten in extrem Wettbewerbsverzerrender Weise angelastet. Die vom Staat den Unternehmen aufgebürdeten Verwaltungsaufgaben betragen bei Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten im Schnitt 115 €, bei Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten 1.402 € je Mitarbeiter. Es ist nicht Aufgabe von Unternehmen auszurechnen, wieviel Steuern und Sozialabgaben der Staat von Arbeitnehmern bekommt. Auf jeden Fall muss der Staat den Betrieben diejenigen Verwaltungs-Kosten erstatten, die über die Kosten je Mitarbeiter in Grossbetrieben hinausgehen. Nur dann gibt es für den Staat Anreize, die erdrückende Bürokratie-Belastung der Unternehmen abzubauen.

**014** Für alle verwaltungsrechtlichen Genehmigungs-Verfahren ist eine Höchstdauer festzulegen. Wird ein Antrag nicht innerhalb dieser Frist beschieden, so gilt die Genehmigung als erteilt.

**015** Die Verwaltung ähnlicher Sachverhalte gehört in eine Institution. Kindergeld-Zahlungen haben nichts mit Arbeits-Agenturen zu tun. Sie gehören in Finanzämter, in denen alle Einkommens-Angelegenheiten der Bürger zusammenzufassen sind.

**016** Den schlanken Staat erhalten wir nicht, wenn wir bei der unüberschaubaren Menge von Gesetzen und Verordnungen einzelne Regelungen auf ihre Berechtigung prüfen. Wir brauchen ein Zero base legislating: Wir müssen von einem Nullpunkt staatlicher Aktivität Punkt für Punkt die heute notwendigen gesetzlichen Regelungen bestimmen.

**017** Den leistungsfähigen Staat erhalten wir nicht, wenn wir bei der unüberschaubaren Zahl von Haushalts-Positionen einzelne Ausgaben auf ihre Berechtigung prüfen. Wir brauchen ein Zero base budgeting: Wir müssen von einem Nullpunkt staatlicher Haushalte Punkt für Punkt die heute notwendigen Ausgaben des Staates bestimmen.

**018** Jahr für Jahr stellen Rechnungsprüfer und Rechnungshöfe öffentliche Verschwendung in Milliarden-Höhe fest. Die Feststellungen dürfen nicht länger folgenlos bleiben. Die Haushalte der betroffenen Verwaltungen sind um den verschwendeten Betrag zu kürzen. Der Tatbestand der Amts-Untreue gehört in das Strafrecht.

**019** Der Staat ist nur demokratisch, wenn er transparent ist. Transparenz-Gesetze müssen sichern, dass alle Akten staatlicher Institutionen für die betroffenen Bürger zugänglich sind. Dieses Bürger-Recht darf nur beschränkt werden durch Belange des Persönlichkeits-Schutzes, der Kriminalitäts-Bekämpfung und der äusseren Sicherheit.

**020** Der Beamten-Status hat seine Berechtigung ausschliesslich für hoheitliche Funktionen. Soweit der hoheitliche Charakter nicht zweifelsfrei bestimmt werden kann, sind die Stellen im öffentlichen Dienst mit einem Umwandlungs-Vermerk zu versehen. Im öffentlichen Dienstrecht ist das Dienstalters-Prinzip vollständig durch das Leistungs-Prinzip zu ersetzen.

### **III Steuer-Klarheit und -Gerechtigkeit durchsetzen**

**021** Unser Problem ist nicht die Steuer-Quote. Die Probleme sind (a) die Höhe der Abgaben-Belastung insgesamt, (b) der unsystematische, damit eher willkürliche Charakter der Besteuerung. Der ist durch Steueränderungen der letzten Jahre noch verschärft worden. Wir brauchen konsequente Schritte zu einem überschaubaren, gerechten und investitions-freundlichen Steuersystem.

**022** Die Abgaben-Belastung der Bürger insgesamt hat ein Niveau erreicht, das wirtschaftliche Dynamik lähmt und Leistung und Wachstum blockiert. Um Wachstum und Beschäftigung zu fördern, müssen wir für die Abgaben-Quote ein Obergrenze von 40 % festschreiben. Das bedeutet, dass es keine Erhöhung einzelner Steuern oder Abgaben geben darf ohne gleichzeitige Senkung anderer Steuern und Abgaben mindestens in gleicher Höhe.

**023** Nur Einkommen kann besteuert werden, entweder bei seiner Entstehung oder bei seiner Verwendung. Allein die Grundsteuer kann als Entgelt für Flächen-bezogene Leistungen der Kommunen eine Ausnahme sein. Alle Arten von Vermögens-Steuer bedeuten erneute Besteuerung von bereits versteuertem Einkommen, bedeuten Enteignung. Alle Formen von Substanz-Besteuerung müssen wir ein für allemal ausschliessen.

**024** Besteuerung muss gleichmässig sein. Sie darf nicht abhängen von der Art, sondern nur von der Höhe des Einkommens. Ein Steuersystem mit wenigen Ausnahmen und niedrigen Steuersätzen ist gerechter und ergiebiger als ein System mit hohen Steuersätzen und vielen Ausnahmen.

**025** Mit der Undurchschaubarkeit des Steuerrechts schafft der Staat die Grundlagen für mangelnde Steuer-Ehrlichkeit. Der Staat hat auch

damit dem Verfall der Moral in der Gesellschaft Tür und Tor geöffnet. Ist die Besteuerung durchschaubar, und können die Bürger sicher sein, nicht überfordert zu werden, dann werden Steuer-Ehrlichkeit zunehmen und Steuer-Aufkommen steigen.

**026** Wirtschaftliche Dynamik und Wachstum hängen von Investitionen ab. Die Besteuerung darf daher die Einkommens-Entstehung durch Arbeit und Kapital nicht stärker belasten als die Einkommens-Verwendung für den Konsum. Dazu ist ein Übergewicht der indirekten gegenüber den direkten Steuern notwendig.

**027** Die wichtigste Möglichkeit der Förderung von Investitionen ist die Bestimmung der Abschreibungs-Fristen. Ihre Verlängerung gehört zu den Ursachen anhaltender Investitions-Schwäche. Abschreibungs-Fristen müssen deutlich verkürzt werden.

**028** Es ist wirtschaftlich richtig, den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu belasten, den Einsatz von Arbeit zu entlasten. Falsch ist es, von diesem Grundsatz Ausnahmen zu machen zugunsten grosser Energieverbraucher. Das Aufkommen zusätzlicher Energie-Besteuerung muss vollständig für die Abgaben-Entlastung der Arbeit eingesetzt werden. Und es muss vorgesorgt werden, dass die Abgaben-Entlastung der Arbeit bei sinkendem Aufkommen von Ressourcen-Steuern erhalten bleibt. Wir müssen bei Ressourcen-Steuern auf europäische Abstimmung drängen.

**029** Die soziale Funktion der Einkommensteuer besteht in der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Leistungsfähigkeit wird vom Einkommen und vom Familienstand bestimmt. Dem Familienstand tragen wir Rechnung mit einem Grundfreibetrag in Höhe eines Grundeinkommens (derzeit 8.000 €) für jedes Familienmitglied. Das darüber hinausgehende Einkommen ist mit einem dreistufigen Tarif zu besteuern.

**030** Verbleibende Steuervergünstigungen von Einkommens-Verwendungen wollen wir in offene Subventionen mit Erfolgs-Kontrolle umwandeln. Überholte Vergünstigungen abzubauen ist bei Ausgabe-Verpflichtungen des Staates eher möglich als bei Einnahme-Verzichten

#### **IV Die Unternehmen stärken**

**031** Wir müssen Abschied nehmen von offenen und versteckten Formen des Klassenkampf-Denkens. Es geht in den Unternehmen um die Verwirklichung berechtigter Interessen von Arbeitnehmern, nicht um den Schutz einer rechtlosen Klasse gegen ungehemmtes Ausbeutungstreben einer Kapitalisten-Klasse. Alle Wirtschafts- und Sozialpolitik muss der Einsicht folgen: Nur wenn es Unternehmen gut geht, geht es auch Arbeitnehmern gut.

**032** Gewinn-Orientierung ist nicht das Gegenteil von Bedürfnis-Orientierung. Nur da, wo unter Wettbewerbsbedingungen auf die Dauer

Gewinne erwirtschaftet werden, können wir sicher sein, dass Leistungen den Bedürfnissen der Menschen entsprechen. Deshalb ist konsequente Privatisierung bislang noch staatlicher Einrichtungen der wirksamste Weg zur Bedürfnis-Orientierung.

**033** Die Bedürfnis-Orientierung mittelständischer Unternehmen wird durch ihre Kunden Tag für Tag kontrolliert. Manche Konzerne ohne Mehrheits-Eigner sind Versuchungen ausgesetzt, sich Kontrollen zu entziehen. Wir brauchen eine Kultur der Corporate Governance, die am wirksamsten durch Selbstverpflichtungen verwirklicht wird. Soweit das nicht hinreicht, ist Rechts-Politik gefordert.

**034** So müssen wir zumindest bei Börsen-notierten Unternehmen Wirtschaftsprüfung und Unternehmensberatung trennen, Prüf-Mandate zeitlich begrenzen und Prüfer verpflichten, bei rechtswidrigen Praktiken das Mandat niederzulegen. Die Finanzdienstleistungs-Aufsicht muss bei diesen Gesellschaften Sonderprüfungen anordnen und Abschluss-Prüfer ablehnen können.

**035** Bei Insolvenz nach Bilanzfälschung sind Forderungen von Kleinunternehmen als bevorrechtigt einzustufen.

**036** Gegenwärtig gibt es fast 1000 verschiedene Programme von Bund, Ländern, EU und staatlichen Nebenhaushalten zur Förderung von Existenz- und Unternehmens-Gründungen. Damit werden eher Vergabe-Bükratien gefördert als Existenz-Gründer. Die Programme sind aufeinander abzustimmen und zusammenzufassen.

**037** Mindestens ebenso wichtig wie die Förderung von Unternehmens-Gründungen ist die Finanzierung des Wachstums von Klein- und Mittel-Unternehmen. Banken engagieren sich in diesem Segment nicht mehr ausreichend. Einsparungen aus Effizienz-Steigerungen der Existenzgründungs-Förderung und aus Subventions-Abbau sind für Bürgschafts-Programme zu nutzen.

**038** Die frühere Bundesregierung hat die Wesentlichkeits-Grenze für die Steuerfreiheit von Beteiligungskapital auf 1 % abgesenkt. Damit hat sie eine wichtige Finanzierungs-Quelle für Unternehmens-Gründung und Unternehmens-Wachstum ausgetrocknet. Diese Grenze müssen wir unverzüglich auf 10 % anheben.

**039** Der Bürokratie-Aufwand bei Unternehmens-Gründungen, -Erweiterungen und -Änderungen liegt in Deutschland deutlich über dem anderer Länder. Wir werden den zeitlichen und finanziellen Aufwand auf den Durchschnitt vergleichbarer Länder senken.

**040** Mittelständische Unternehmen sind oft nicht in der Lage, eigene Forschungs- und Entwicklungs-Kapazitäten zu unterhalten. Deshalb brauchen wir ein Internet-gestütztes Informationssystem, das alle Angebote von Technologie-Transfer übersichtlich darstellt.

## V Die Beschäftigung entfesseln

**041** Fesseln der Beschäftigung sind bürokratisiertes Arbeitsrecht, überhöhte Lohnzusatzkosten, überwiegend beschäftigungswidrige Tarifpolitik, Fehlsteuerungen der Arbeitsmarktpolitik, geringe Anreizwirkungen der Sozialpolitik. Diese Fesseln zu lösen bedeutet nicht Sozialabbau, bedeutet nicht, Arbeitnehmer schutzlos zu machen. Die entscheidende Bedrohung der Position der Arbeitnehmer ist anhaltende Arbeitslosigkeit. Deshalb ist die Ausweitung produktiver, selbst-finanzierter Beschäftigung vorrangiges Ziel aller Wirtschafts-, Sozial- und Finanz-Politik.

**042** Dynamische Unternehmer und motivierte Arbeitnehmer sind das wichtigste Kapital unserer Wirtschaft. Personal-Entwicklung ist wesentliche Voraussetzung für die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen. Führungs-Fähigkeit beweist sich auch in Achtung und Schutz der Menschenwürde der Mitarbeiter. Veränderungsbereite Gewerkschaften sind Teil Sozialer Marktwirtschaft. Viele Schutzregelungen jedoch spiegeln eher die Arbeitswelt des 19. als die des 21. Jahrhunderts, sichern eher Pfründe von Funktionären als Interessen der Arbeitenden. Wir werden das gesamte Arbeitsrecht auf den Prüfstand stellen.

**043** Das Arbeitsrecht ist zu reinem Richterrecht geworden. Mit der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe angeblich zugunsten von Arbeitnehmern macht die Rechtsprechung Arbeitsverhältnisse zu einem kaum kalkulierbaren Risiko für Unternehmen. Wer Fragen z.B. nach Schwangerschaft verbietet, schützt Frauen nicht vor Diskriminierung, sondern verurteilt viele zu Arbeitslosigkeit. Die Politik darf sich nicht länger ihrer Verantwortung entziehen; sie muss arbeitsrechtliche Sachverhalte vorhersehbar regeln. Am Beginn steht die Günstigkeits-Regel. Stimmt die Mehrheit der Belegschaft zu, sind Betriebs-Vereinbarungen grundsätzlich als Erfüllung des Günstigkeits-Prinzips zu sehen, wenn sie den Erhalt von Arbeitsplätzen bewirken.

**044** Arbeitsrechtliche Regelungen erhöhen Arbeitskosten, ohne den Arbeitnehmern Einkommensvorteile zu bringen. Milliarden schweren Nutzen haben professionelle Interessenvertreter in Organisationen und Institutionen. Arbeitsrecht bedeutet hier, Arbeitnehmern die Selbstbestimmung über ihr Einkommen zu entziehen, sie zu bevormunden. Wir wollen unseren Arbeitnehmern mehr Entscheidungsfreiheit geben. Das gilt für den Kündigungsschutz, für die Wahl zwischen Schutzregeln und Abfindungsanspruch. Das gilt für kostensteigernde Änderungen des Betriebsverfassungs-Gesetzes, für ein Wahlrecht zwischen zusätzlichem Aufwand für Gremien oder z.B. für Qualifizierungs-Leistungen.

**045** Wir müssen Kaufkraft sichern und stärken. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ist es Ausdruck beschäftigungspolitischer Vernunft und gesellschaftlicher Solidarität, Kaufkraft-Steigerung nicht über eine Erhöhung der Lohnsätze, sondern über eine Erhöhung der Beschäftigung



zu leisten. Diese Aufgabe müssen private und öffentliche Arbeitgeber gleichermaßen gegen beschäftigungs-widrige Tarif-Forderungen von Gewerkschaften durchsetzen.

**046** Tarifverträge sollen Mindestarbeitsbedingungen festschreiben, die betriebsnah und entsprechend veränderlichen wirtschaftlichen Bedingungen konkretisiert werden. Arbeitsverwaltung muss dies fördern, indem sie das Instrument der Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung auf Ausnahmefälle begrenzt und vom Flexibilitätsgrad eines Tarifvertrages abhängig macht.

**047** Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind wichtige Gelenkstellen für den Arbeitsmarkt. Sie sind für Klein- und Mittel-Unternehmen eine wichtige Möglichkeit, Beschäftigung anzubieten, die sonst nicht finanzierbar ist. Wir brauchen Einstiegs-Beschäftigungsverhältnisse, wir brauchen Einstiegs-Löhne ohne Restriktionen arbeits-, tarif-, steuer- und sozialversicherungs-rechtlicher Art.

**048** Eine zweite wichtige Chance für Eintritt und Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt ist Zeit- und Leiharbeit. Wir wollen die Möglichkeit dazu erweitern. Beschränkungen für befristete Arbeitsverträge zwischen Leiharbeitnehmer und Verleiher wollen wir abschaffen, die Höchstdauer der Überlassung an denselben Entleiher erweitern.

**049** Die Bundesagentur für Arbeit dient auch in ihrer veränderten Struktur eher der Verfestigung als der Verringerung von Arbeitslosigkeit. Für die Verwaltung der Lohnersatz-Leistungen sollen die zu Einkommens-Ämtern umgewandelten Finanz-Ämter zuständig sein. Die Vermittlung, Betreuung und Qualifizierung der Arbeitslosen findet am wirksamsten vor Ort in den Kommunen statt. Dazu sind die Arbeitsgemeinschaften in die alleinige Kompetenz der Kommunen zu überführen. Den Kommunen sind alle entstehenden Aufwendungen zu erstatten. Dabei ist darauf zu achten, dass Anreize entstehen, ein höchstmögliches Beschäftigungs-Niveau zu erreichen.

**050** Die Qualifizierung von Arbeitslosen ist in der Vergangenheit zu einem Alimentierungs- und Selbstbedienungs-System von Einrichtungen und Verbänden geworden. Die Mittel sind solchen Unternehmen zur Verfügung zu stellen, die eine kontrollierte qualifizierte On-the-Job-Ausbildung für Arbeitslose leisten.

## **VI Einkommen sichern, Leistung fördern**

**051** Erfüllt der Staat seine Aufgaben, dann ist die Marktwirtschaft diejenige Ordnung, die den Zusammenhang von Leistungs- und Bedürfnis-Gerechtigkeit wirksam sichert. Die überkommene Sozialpolitik des Staates sichert Besitzstände, nicht Bedürfnis-Gerechtigkeit. Wir wollen Sozial-Politik auf drei grundlegende Ansätze konzentrieren: Einkommens-Sicherung, Versicherungs-Pflicht, Familien-Lastenausgleich. Das

können wir nur schrittweise verwirklichen. Dabei dürfen wir nur Veränderungen vornehmen, die mit diesen Ansätzen vereinbar sind.

**052** Sozialpolitik hat eine Verteilungs- und eine Sicherungs-Funktion. Klarheit und Gerechtigkeit erreichen wir nur, wenn wir Aufgaben exakt voneinander abgrenzen. Die Verteilungs-Funktion ist Aufgabe des Steuer-Systems, nicht des Versicherungs-Systems. Im Versicherungs-System geht es um Leistung und Gegenleistung und um Risiko-Ausgleich. Allein der Familien-Lastenausgleich ist eine Aufgabe aller staatlich organisierten Transfersysteme.

**053** Die erste Aufgabe der Sozialpolitik ist die Sicherung des Mindesteinkommens. Für einen Bürger Deutschlands gibt es drei Möglichkeiten: 1. Sein Einkommen entspricht dem Mindesteinkommen. Dann zahlt er nichts an den Staat und erhält nichts vom Staat. 2. Sein Einkommen liegt darüber. Dann zahlt er Steuern auf die Differenz. 3. Sein Einkommen liegt darunter. Dann erhält er bei Arbeitsunfähigkeit Einkommen vom Staat. Es ist teuer und unsinnig, zunächst Steuern einzuziehen, um das Geld dann wieder als Kindergeld oder Wohngeld zurückzugeben. Die Alternative zur bürokratischen Umverteilung von der rechten in die linke Tasche ist die 'Negative Einkommensteuer'.

**054** Die zweite Aufgabe der Sozialpolitik ist die Versicherungspflicht. Garantiert der Staat ein Mindesteinkommen, so muss er verhindern, dass in der Gewissheit dieser Garantie die Gemeinschaft ausgebeutet wird. Der Staat muss deshalb jeden Bürger verpflichten, sich gegen die wichtigsten Lebensrisiken Krankheit und Pflege, Alter, Arbeitslosigkeit zu versichern. Versicherungspflicht ist nicht Pflicht-Versicherung: Diese Versicherungen müssen staatlich geregelt und beaufsichtigt, aber nicht staatlich organisiert sein.

**055** Die dritte Aufgabe der Sozialpolitik ist der Familien-Lastenausgleich. Familien sind entsprechend der Verfassungsbestimmung 'Ehe und Familie' diejenigen dauerhaften Lebensgemeinschaften, die auf Kinder angelegt sind. Dem Grundsatz der Besteuerung und der Förderung nach Leistungsfähigkeit entspricht der Grundfreibetrag in Höhe des Mindesteinkommens je Familienmitglied.

**056** Für die staatliche Mindesteinkommensgarantie, zu der die Sozialhilfe umgewandelt wird, gelten zwei Bedingungen: Die erste Bedingung lautet: Arbeitsfähige Leistungsbezieher werden von den Kommunen zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen. Kommunen, die dies nicht konsequent tun, erhalten bei Zuweisungen einen Malus. Wir müssen den Personaleinsatz in Kommunen so umstrukturieren, dass die Sozialämter genauer kontrollieren und wirksamer beraten können. Die zweite Bedingung lautet: Erwerbs-Einkommen werden nur zum Teil auf Transfer-Einkommen angerechnet, damit sich eigene Anstrengungen überhaupt lohnen.

**057** Auf dem Weg zu einer verlässlichen Alterssicherung haben wir vier grundlegende Aufgaben: Erstens müssen wir steigende Lebenserwartung durch demographische Faktoren berücksichtigen. Das gilt für steigende Lebenserwartung; das gilt für das Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungs-Empfängern. Zweitens müssen versicherungsfremde Leistungen, also alle Zahlungen, die unabhängig sind von Beiträgen, sofern sie hinreichend zu begründen sind, aus dem Steuer-Aufkommen finanziert werden. Drittens ist der Beitrag der Familien zur Stabilisierung der Sozialsysteme zu berücksichtigen. Familien-bezogene Kriterien sind nicht versicherungsfremd. Viertens ist der Anteil der Kapital-Deckung schrittweise weiter zu erhöhen.

**058** Für die Krankenversicherung sind Spielräume für persönliche Entscheidung und Verantwortung zu erweitern. Dazu wird ein gesetzlicher Leistungs-Katalog medizinisch notwendiger Grundversorgung aufgestellt. Jeder Bürger muss eine Krankenversicherung mindestens im Umfang dieser gesetzlichen Grundversorgung nachweisen. Die Wahl der Versicherung ist frei. Für die Versicherungen besteht Kontrahierungs-Zwang. Risiko-Differenzierung ist ausgeschlossen. Kinder sind beitragsfrei mitversichert. Mitglieder, die durch die Versicherungsprämie überfordert werden, haben Anspruch auf einen Zuschuss aus allgemeinen Steuermitteln.

**059** An die Stelle der gesetzlichen Pflegeversicherung tritt die Versicherungs-Pflicht für den Pflegefall. Für die Älteren wird mit einem Bundespflege-Gesetz eine Übergangslösung eingeführt..

**060** Teile der Sozialversicherungs-Beiträge 'Arbeitgeber-Beiträge' zu nennen, dient heute nur noch der Verschleierung der tatsächlichen Arbeitskosten gegenüber den Arbeitnehmern. Die gesamten Sozialversicherungs-Beiträge müssen als Lohnbestandteile erkennbar werden, die der Staat der Entscheidungskompetenz der Arbeitnehmer entzieht. Die Grundsätze von Klarheit und Wahrheit staatlicher Abgaben fordern, dass wir die sogenannten Arbeitgeber-Beiträge in Bestandteile des Brutto-Lohnes umwandeln.

## **VII Die Infrastruktur ausbauen**

**061** Umfang und Qualität der Infrastruktur entscheiden über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Der unsinnige Begriff der Daseinsvorsorge hat die Überzeugung genährt, für die Infrastruktur sei in jedem Fall der Staat zuständig. Die Folgen sind überall sichtbar: Kosten-Explosionen bei staatlichen Einrichtungen einerseits, Verfalls-Erscheinungen an Schulgebäuden, Krankenhäusern, Hochschulen, Straßen andererseits. In den meisten Fällen hat der Staat zwei Aufgaben: Erstens: Er muss Leistungs-Umfang und Qualitäts-Standards festlegen. Und er muß in vielen Fällen den Bürgern den Zugang zu Infrastruktur-Ein-

richtungen unabhängig vom Markt-Einkommen ermöglichen. Die Effizienz steigt, wenn der Staat nicht das Angebot finanziert, sondern die Nachfrage. Wir werden eine umfassende Privatisierungs-Offensive starten.

**062** Die Privatisierung, die wir wollen, ist nicht nur ein Etikettenwechsel. Oft sind staatliche Einrichtungen nur in privatrechtliche Gesellschaften überführt worden - mit latenten Garantien und gesicherten Auftragsbeständen, mit hohen Vergütungen für Mitglieder von Aufsichts-Gremien und geringen Informations-Möglichkeiten für Bürger und Parlamentarier. Wir wollen nicht nur formelle, sondern materielle Privatisierung, die Überführung in Privateigentum und gleiche Wettbewerbsbedingungen.

**063** Wir wollen eine Privatisierungs-Offensive auf allen staatlichen Ebenen in drei Phasen. In der ersten Phase werden für jede staatliche Einrichtung nachprüfbar untersucht, ob sie über Märkte oder durch bürgerschaftliche Initiativen organisiert werden kann.

**064** In der zweiten Phase der Privatisierungs-Offensive wird ein Kontrakt-Management entwickelt, das dauerhaft die Erfüllung öffentlicher Anforderungen an Infrastruktur-Einrichtungen sichert. Der Verfall der Infrastruktur ist begründet entweder in unvermeidbarer Ineffizienz staatlicher Monopole. Oder - dies zeigen Strom-Ausfälle, Bahn-Unfälle, Maut-Systeme - er ist begründet in der Unfähigkeit von Bürokratien, die Pflichten von Vertragspartnern exakt, überprüfbar und durchsetzbar zu beschreiben. Privatisierung bedeutet nicht weniger, sondern andere staatliche Verantwortung. Kontrakt-Management ist der Schlüssel zu erfolgreicher Privatisierung.

**065** In der dritten Phase werden wir anhand von Gesamtkatalogen und Prioritätenlisten öffentlicher Einrichtungen in Bund, Ländern und Gemeinden für alle geeigneten Einrichtungen marktwirtschaftliche Strukturen verwirklichen.

**066** Mehr Markt brauchen wir besonders dringend im Verkehr, in Gesundheit und Bildung. Für das Verkehrssystem einer hochentwickelten Volkswirtschaft brauchen wir den Wettbewerb wie auch die unterschiedlichen Leistungen von Schiene und Strasse, von Luftfahrt und Schifffahrt. Wettbewerbsgleichheit der Verkehrssysteme hat eine internationale und eine ökologische Seite. Gleiche Wettbewerbs-Bedingungen sind nicht national, sondern im europäischen Zusammenhang zu bestimmen. Die Preise der Verkehrssysteme müssen ökologisch die Wahrheit sagen.

**067** Dringende Ersatz-, Sanierungs- und Erweiterungs-Investitionen vor allem im Strassenbau und im Schul- und Hochschulbau können wir nur leisten, wenn wir privates Kapital und privates Know How mobilisieren. In öffentlich-privaten Kooperationen werden wir Finanzierung, Planung, Bau und Betrieb von Anlagen privaten Unternehmen übertragen. Dabei müssen wir aus Fehlern bisheriger Projekte lernen. Für

alle Verträge werden wir Mittelstands- und Regional-Klauseln verbindlich machen. Die rechtlichen Grenzen der Staatsverschuldung werden durch solche Vereinbarungen nicht überschritten, da sich die Zahlungspflichten auf Investitionen beziehen. Verfassungsbestimmungen müssen wir entsprechend anpassen.

**068** Voraussetzung für Wettbewerb auf der Schiene ist die Trennung von Netz und Betrieb. Alle Betriebsleistungen sind rechtzeitig auf die Dauer von höchstens zwanzig Jahren auszuschreiben. Wesentliche Bedingung für Entwicklungsstand und Stabilität des Wirtschafts-Standortes ist die ausgesprägte Netz-Struktur des Verkehrs. Diese Netzstruktur gilt es zu erhalten und auszubauen. Dazu sollen nicht einzelne Strecken ausgeschrieben werden, sondern Netze. Auf jeden Fall wird die Vernetzung der Verkehre Ausschreibungs-Bedingung sein. Kooperationen mittelständischer Unternehmen werden wir fördern. Regional gewünschte Verkehrsleistungen muß der Staat bezahlen. Diese Zahlungen sind nicht Subventionen, sondern notwendige Infrastruktur-Finanzierung.

**069** Sollen Gesundheits-Leistungen für Normalverdiener nicht unbezahlbar werden, so brauchen wir organisatorische Innovationen. Anbieter von Gesundheits-Leistungen sind an höchstmöglicher Effizienz interessiert, wenn sie an Gewinn und Verlust der Versicherer beteiligt sind. Bei fortbestehender rechtlicher Selbständigkeit können v.a. Ärzte und Versicherer eine wirtschaftliche Einheit bilden. Solche Innovationen erfordern Deregulierung und Wettbewerbs-Bedingungen. Grundlage ist die Vertrags-Freiheit erstens zwischen Versicherten und Versicherern, zweitens zwischen Versicherern und Leistungs-Anbietern, drittens zwischen den Leistungs-Anbietern.

**070** Bei der Deregulierung bisher stark regulierter Infrastruktur-Bereiche entstehen besondere Versorgungs- und Wettbewerbs-Probleme. Wir brauchen in allen Fällen Regional- und Mittelstands-Klauseln. Bestehende Regulierungs-Behörden wollen wir deshalb in einem Bundes-Aufsichtsamt Infrastruktur zusammenfassen. Die Bundes-Aufsichtsbehörden für Wettbewerb, Finanzen und Infrastruktur bilden eine gemeinsame Institution entsprechend dem Gemeinsamen Senat der obersten Gerichte nach Art.95 III GG.

## **VIII In die Köpfe investieren**

**071** Der entscheidende Faktor für die Zukunft unseres Wirtschafts-Standortes ist das Humankapital. Das Humankapital in unserem Land wird zuwenig genutzt, zu wenig gefördert, in vielen Fällen systematisch verschwendet. Daran sind nicht die Menschen schuld, die im Bildungssystem arbeiten. Ursache sind monopolistische, bürokratische Organisations-Formen, die Effizienz-Mängel und Verschwendung fördern und Innovationen behindern. Wir brauchen Bildungs-Marktwirtschaft.

**072** Wollen wir das Humankapital im Interesse von Wohlstand und Beschäftigung ausschöpfen und erweitern, so darf Bildung nicht nur funktions-, sondern muß vorrangig persönlichkeits-orientiert sein. Die komplexen Anforderungen der zukünftigen Wirtschaftswelt erfordern Bildung und Ausbildung, erfordern ein Gleichgewicht von Allgemeinbildung und Berufsbildung, von Persönlichkeits- und Fähigkeits-Entwicklung. Unser Bildungsziel ist nicht der angepasste Funktionsträger, sondern der selbständig denkende und handelnde Mensch.

**073** Bei der Fixierung auf die Zeit und das Angebot der Schulpflicht-Zeit übersehen wir leicht die wesentliche Funktion der Familie schon vor Beginn der Schulzeit. Eltern-Bildung ist die Grundlage ganzheitlicher und nachhaltiger Bildungspolitik.

**074** Bei der Fixierung auf die Zeit und das Angebot der Schulpflicht-Zeit übersehen wir leicht die wesentliche Funktion der Fortbildung auch nach Ende der Schul- und Hochschul-Zeit. Lebenslanges Lernen ist die Folgerung ganzheitlicher und nachhaltiger Bildungspolitik.

**075** Längere Schulzeit bedeutet nicht mehr Bildung. Das zeigt der Vergleich der Bundesländer. Die Frage ist nicht, ob die Schulzeit lange genug dauert, sondern: Wie die gegebene Zeit genutzt wird. Für die Optimierung des Verhältnisses von Bildungs-Erfolg und Bildungs-Dauer gibt es erhebliche Spielräume, die wir nutzen müssen.

**076** Mehr Geld bedeutet nicht zwingend mehr Bildung. Es gibt Bundesländer, die trotz geringerer Pro-Kopf-Bildungs-Ausgaben höhere Bildungs-Erfolge erzielen. Für die Optimierung des Verhältnisses von Bildungs-Erfolg und Bildungs-Ausgaben gibt es offensichtlich ebenfalls Spielräume, die wir nutzen müssen.

**077** Die Spielräume nutzen wir, wenn wir die Autonomie von Bildungs-Einrichtungen stärken. Schulen und Hochschulen sollen ein spezifisches Angebots-Profil entwickeln. Sie sollen ihren Lehrbetrieb eigenständig organisieren. Sie sollen ihr Personal selbst auswählen, führen und entwickeln. Die Finanz-Ausstattung wird budgetiert. Die Einrichtungen können Drittmittel einwerben und behalten.

**078** Die Spielräume können wir nutzen, wenn wir Qualitäts-Standards und Erfolgs-Kontrollen über Zeugnis- und Prüfungsnoten hinaus einführen. Wir brauchen erstens die ständige interne, zweitens die regelmäßige externe Erfolgs-Kontrolle von Unterricht und Lehre und drittens regelmäßige internationale Leistungs-Vergleiche.

**079** Durch Studiengebühren sind Studierende an den Kosten des Studiums zu beteiligen. Bildung ist Investition in Humankapital. Deshalb ist die Kreditierung solcher Ausgaben sachgerecht. Dazu wollen wir ein System staatlich verbürgter Bildungs-Kredite einführen. Einen wachsenden Anteil der staatlichen Bildungs-Finzen wollen wir in Form von Bildungs-Gutscheinen an Studenten und Schüler vergeben.

**o80** Wir wollen damit erreichen, dass alle Lern-Orte gleichberechtigt werden - unabhängig von Trägerschaft und Organisationsform, abhängig nur von der Qualität von Lehre und Ausbildung. Wir wollen erreichen, dass sich Bildungseinrichtungen auf die Dauer von einem Angebots- auf ein Nachfrage-System umstellen.

## **IX Die Regionen gestalten**

**o81** Dezentrale Systeme sind leistungsfähiger als zentralisierte Systeme. Föderalismus und Kommunale Autonomie sichern auch die ökonomische Leistungsfähigkeit unseres Landes. Das gilt allerdings nur, wenn die einzelnen Gebietskörperschaften in ihren Entscheidungen weitgehend selbständig sind. Deshalb wollen wir Kommunale Autonomie und Wettbewerbs-Föderalismus wiederherstellen.

**o82** Funktionsfähiger Föderalismus setzt Länder voraus, die finanziell auf eigenen Füßen stehen. Deshalb brauchen wir die Neuordnung der Bundesländer. Die Neugliederung macht nach der Anpassungs-Phase Ostdeutschlands den Länder-Finanzausgleich und die damit verbundene Bürokratie überflüssig

**o83** Wir wollen Trenn-System und Konnexitäts-Prinzip zu Grundlagen der Finanz-Verfassung machen. Trenn-System bedeutet: Bund, Länder, Kommunen werden bei ihren Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben weitestmöglich unabhängig sein. Gemeinschafts-Aufgaben und Misch-Finanzierungen wollen wir abbauen. Konnexität bedeutet: Wer einer Körperschaft eine Aufgabe zuweist, muss zugleich die notwendigen Finanzmittel bereitstellen.

**o84** Die Leistungen einer Kommune kommen allen ihren Bürgern zugute. Deshalb sollen alle Bürger entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit an der Finanzierung ihrer Kommune beteiligt werden. Das geschieht durch das Hebesatz-Recht der Kommunen für die Einkommen- und Körperschaftssteuer. Die Besteuerung werden wir so gestalten, dass Kommunen an der Ansiedlung von Unternehmen interessiert bleiben. Besondere Beanspruchungen der Kommunen werden durch die Grundsteuer ausgeglichen.

**o85** Den kommunalen Finanz-Ausgleich werden wir so gestalten, dass mindestens die Hälfte zusätzlicher Einnahmen in der Kommune verbleibt, die die zusätzlichen Einnahmen erwirtschaftet.

**o86** Die zunehmende europäische Integration bedeutet unvermeidbar auch eine Tendenz der Zentralisierung. Zentralisierung ist meistens verbunden mit Einbußen an Effizienz und an Identifikation. Wir brauchen als Gegengewicht Dezentralisierungs-Prozesse, die vom Bewußtsein der Bürger getragen werden. Dafür sind die meisten Bundesländer zu groß, Kreise und Städte zu klein.

**087** Die Verkehrs-Ströme zeigen: Nicht mehr die einzelne Stadt, der einzelne Kreis ist der wirtschaftlich relevante Wirkungsraum, sondern die Region. Eine Vielzahl von Institutionen und Aktionen, die die Grenzen von Kommunen und Kreisen überschreiten, hat längst die Region auch als Gestaltungs-Raum geformt. Diese Entwicklung wollen wir aufnehmen und zur räumlichen Grundlage der Politik machen. Anknüpfen werden wir an die 97 Raumordnungs-Regionen der Bundesrepublik.

**088** Repräsentanz von Regionen waren Regierungs-Bezirke. Die Umwandlung der Regierungspräsidien in landesweit zuständige Verwaltungs-Agenturen hat Zentralisierung nicht gebremst, sondern gefördert. Allerdings waren die Regierungsbezirke lediglich Verwaltungs-Einheiten des Landes, nicht Gestaltungs-Einheiten der Kommunen. Um die Regionen zu stärken, wollen wir Regional-Versammlungen als parlamentarische Vertretungen der Regionen einrichten. Vorbild ist der Bezirkstag der Pfalz.

**089** Die Regionalversammlungen sollen auf die Dauer die Aufgaben der Landkreise übernehmen.

**090** Die Entwicklung der elektronischen Kommunikation verringert die Notwendigkeit, staatliche Funktionen räumlich zu konzentrieren. Wir wollen in die Landes-Verfassung eine Dezentralisierungs-Klausel aufnehmen: Staatliche Einrichtungen müssen, sofern dem nicht zwingende Gründe entgegenstehen, dezentralisiert, auf alle Regionen des Landes verteilt werden.

## **X      Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik garantieren**

**091** Vor allem im Steuer-und Sozial-Recht werden in immer kürzeren Abständen Bestimmungen eingeführt, verändert, aufgehoben, umgekehrt. Das liegt nicht an mangelnder Vorhersehbarkeit - der Zusammenbruch des Sozialleistungs-Systems z.B. ist vor zwanzig Jahren vorausgesagt worden. Das liegt an falschen politischen Konzepten und an fehlendem politischen Mut. Langfristige Unternehmens-Planung ist in Deutschland kaum noch möglich. Mit einzelnen Gesetzes-Änderungen ist es nicht getan. Wir wollen eine Fundamental-Korrektur der Wirtschafts-, Finanz-und Sozial-Politik.

**092** Grundlage unserer Wirtschafts-Politik ist Ordnungs-Politik, ist die klare Trennung zwischen Politik und Wirtschaft. Die Verquickung von Staat und Wirtschaft z.B. in Landesbanken hat sich für Wirtschaft und Politik gleichermaßen als schädlich erwiesen. Solange es noch staatlich kontrollierte Unternehmen gibt, wollen wir ein Verbot der Benennung von Regierungs-und Parlamentsmitgliedern für Vorstände und Aufsichts-Gremien dieser Unternehmen.

**093** Besteuerung, gezahlte und empfangene Sozial-Leistungen dürfen allein abhängig sein von der Einkommens-Höhe, nicht von der beruflichen Stellung als Arbeitnehmer, Selbständiger, Beamter, Parlamentarier. Alle Versorgungs-Systeme wollen wir angleichen.



**094** Wir bringen Klarheit in die Institutionen der Finanz-Verfassung. Wir wollen Äquivalenz-Prinzip und Konnexitäts-Prinzip in den Verfassungen verankern. Damit wollen wir die Zuweisung von versicherungsfremden Leistungen, von Leistungen ohne Finanzierungs-Garantie und die Verschiebungen zwischen öffentlichen Kassen ausschließen. Aufgabe von Versicherungen ist es, das Solidar-Prinzip der Risiko-Streuung umzusetzen. Aufgabe des Steuer-Systems ist es, das Solidar-Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit zu verwirklichen.

**095** Wir wollen das Prinzip kaufmännischer Vorsicht bei der Kalkulation aller staatlichen Einnahmen und Ausgaben einführen. Alle staatlichen Einnahmen und Ausgaben sind auf der Grundlage eines langfristigen Wachstums-Pfades von 1% zu veranschlagen. Überschießende Einnahmen müssen in eine Ausgleichs-Rücklage eingezahlt werden.

**096** Wir werden eine Mittelstands-, eine Regional-, eine Intergenerationen-Klausel zu Bedingungen jeder politischen Entscheidung machen. Für jede parlamentarische Entscheidung ist in einem wissenschaftlich abgesicherten Verfahren darzulegen, welche Ressourcen-Verteilung sich aus dieser Entscheidung für jetzige und künftige Generationen ergibt.

**097** Wir unterstützen die Öffnung der Märkte im Rahmen von Europäischer Union und Welthandels-Organisation. Zu den Vorteilen zunehmender weltwirtschaftlicher Integration gehört, dass sie markt-widrige Politik erschwert.

**098** Wir wollen Geradlinigkeit in der Politik. Was für eine Partei in der Opposition richtig ist, darf für diese Partei in der Regierung nicht falsch sein. Was für eine Partei auf kommunaler Ebene falsch ist, darf für dieselbe Partei auf Bundesebene nicht richtig sein. Wir werden nicht die Selbständigkeit der Kommunen fordern, wenn wir für Kommunalpolitik verantwortlich sind, und sie aushöhlen, wenn wir für Landes- oder Bundespolitik verantwortlich sind.

**099** Wir wollen Vorbildlichkeit in Politik und Wirtschaft. Wer von Anderen Opfer verlangt, darf sich selbst nicht ausschließen. Für die meisten selbständigen Unternehmer ist das selbstverständlich. Es muß auch selbstverständlich sein für Minister und Parlamentarier. Es muß auch selbstverständlich sein für die Vorstände großer Konzerne. Steigende Vorstandsgehälter bei Personal-Abbau und sinkendem Unternehmenswert, Millionenabfindungen für Wenige bei Arbeitsplatz-Verlust für Viele lähmen die Leistungsbereitschaft nicht nur in den unmittelbar betroffenen Unternehmen.

**100** Wir brauchen weniger staatliche, mehr bürgerliche Verantwortung. Wir wollen für Aufgaben, die heute noch der Staat wahrnimmt, bürgerliche Lösungen anregen und fördern. Analog zur Bundes-Stiftung Umwelt wollen wir aus Privatisierungs-Erlösen auf Bundes-, Landes- und Regional-Ebene Stiftungen einrichten, die sich der Praxis der Verantwortungs-Gesellschaft widmen.